

Danziger Zeitung.

No 8910.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kottbagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 M 30 P. Auswärts 5 M. — Inserate, pro Petit-Zeile 20 P. nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Rotemeyer und Rud. Hoffe; in Leipzig: Eugen Fort und G. Engler; in Hamburg: Hasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schäfer.

1875.

Lotterie.

Bei der am 7. Jan. c. beendigten Ziehung der 1. Klasse 151. R. Preuß. Klassen-Lotterie sind folgende Gewinne gefallen: 1 Gewinn zu 9000 M auf No. 94455, 1 Gewinn zu 1500 M auf No. 75,233 und 2 Gewinne zu 300 M auf No. 72,893 u. 78,290.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Verfaßtes, 7. Jan. Die National-Verammlung lehnte den Antrag Gaslonidis, die Sitzungen bis Montag zu vertagen, ab. Die Sitzung verlief sonst ohne Zwischenfall. Morgen werden Petitionsberichte verlesen werden.

Paris, 8. Jan. Bei dem gestrigen Minister- rath im Elysee erklärte Mac Mahon, er könne das Demissionsgesuch des Minister nicht annehmen, bis er ein aus Elementen der neuen Majorität bestehendes neues Ministerium zu Stande gebracht habe. — Emile Pereire ist gestern gestorben. — Der Pariser Municipalrath ist zum 11. Januar einberufen.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Genf, 7. Jan. Der hiesige Staatsrath hat auf eine diesbezügliche an ihn gerichtete Interpellation dem Großen Rathe die Erklärung angedrungen, er werde dem Gesche nachkommen, nach welchem die Wahl einer Verwaltungskommission für die Kirche Notre-dame durch die Majorität der katholischen Bürger stattfinden soll.

Marseille, 7. Januar. König Alfons, der heute Mittag hier eingetroffen und von den Behörden und mit militärischen Ehren empfangen worden war, hat sich bereits um 3 Uhr nach Spanien eingeschifft.

London, 7. Januar. „Reuter's Bureau“ meldet aus New Orleans vom heutigen Tage, General Sheridan habe in einem Telegramme an die Bundesregierung in Washington die Mitglieder der Piqua der Weißen als Banditen bezeichnet und die summarische Verhaftung und Aburtheilung der Kufesitzer durch Militärgerichte als das einzige Mittel bezeichnet, durch welches dem Terrorismus, der allgemeinen Unsicherheit und der Gefährdung in Louisiana gesteuert werden könne. Die vornehmsten Mitglieder des Clerus dagegen hätten gegen das Vorgehen des Generals Sheridan protestirt und Widerspruch gegen seine Behauptungen erhoben.

Reichstag.

38. Sitzung vom 7. Januar.

Nachdem eine erhebliche Anzahl von Urlaubsgesuchen genehmigt sind, wird zunächst in dritter Beratung die mit Rußland geschlossene Convention über die Regulierung von Hinterlassenschaften angenommen. Dasselbe ist der Fall bezüglich des Gesetzentwurfes betreffend das Rekrutement der Armee, nur dessen Ueberschrift wird dahin geändert: „Gesetz, betreffend die weitere Anordnung der Verwendung der durch das Gesetz vom 2. Juli 1873 zum Rekrutement des Heeres bestimmten 106,846,810 P.“

Es folgen Wahlprüfungen. Der Referent der 7. Abtheilung, Abg. Klugmann berichtet über die Wahl des Abg. v. Seydewitz im 10. Preuss. Wahlkreise. Der Reichstag hatte dieselbe in der vorigen Session beanstandet und den Reichstagskanzler ersucht, über die bei dieser Wahl vorgekommenen Unregelmäßigkeiten Zeugeneidliche Beweise erheben zu lassen. Die Beweisüberhebung hat stattgefunden. Die Abtheilung erachtet dieselbe jedoch nicht für vollständig und monir in demselben, daß die Genannten, welche nach Angabe des bei den Wahlen befindlichen Protokolls die ihnen vom Landrathsamte zugestellten Stimmzettel in mehreren Wahlorten bei den Ortsrichtern colportirt und die letzteren zur weiteren Verbreitung und Abgabe der Stimmzettel aufgefordert haben, nicht zeugeneidlich vernommen sind. In Folge dessen beantragt die Abtheilung: „Der Reichstag wolle beschließen, 1) die Wahl des Abg. v. Seydewitz zu beanstanden; 2) den Reichstagskanzler zu ersuchen, eine vollständige Aufklärung des geschehenen Beweises, welcher über die in dem Protokoll behaupteten Thatfachen erhoben worden ist, in der Richtung zu veranlassen, daß die in dem Protokoll genannten Genannten über die angegebenen Thatfachen vernommen werden.“ Der Antrag wird angenommen. — Die Wahl des Abg. v. Barckwolt, gegen welche mehrere Proteste eingelaufen sind, wird dem Antrage der Abtheilung gemäß für gültig erklärt, da die Wahl der nach diesen Protesten zu lassenden Stimmzettel eine so kleine ist, daß sie das Resultat nicht erheblich beeinflussen.

An die Wahlprüfungen schließt sich Petitionsberichte. Die auf die Frage der Eisenbahn-Tarife bezüglichen Petitionen beantragt Abg. Berger von der Tagesordnung abzusagen, da das Haus heute bei der Abwesenheit zahlreicher bei diesem Gegenstande im höchsten Grade interessirter Abgeordneter wenig geeignet erscheint, Beschlüsse über eine so hochwichtige Materie zu fassen. Nach kurzer Debatte und nachdem der Präsident des Reichstages abgesehen hat, daß die Vertagung abgelehnt, daß die denselben Gegenstand betreffende Vorlage im Bundesrathe sich noch im Stadium der Ausfertigung befindet, bis zu ihrer Fertigstellung daher noch einige Zeit verstreichen werde, wird die Abfertigung der Petitionen von der heutigen Tagesordnung mit großer Majorität beschlossen. — Zwei Petitionen (die eine von dem früheren Färbermeister Ammon aus Königsberg), in welchen über verweigerte Invalidenpensionen Beschwerde geführt wird, werden dem Reichstagskanzler zur nochmaligen Prüfung, event. zur Berücksichtigung überwiesen. — Nächste Sitzung: Freitag.

Danzig, den 8. Januar.

Der Reichstag war in seiner ersten Sitzung nach den Ferien bereits ziemlich zahlreich besetzt, nur auf den Bänken des Centrums herrschte große Dürre, kaum daß einige Schilbächer sich zeigten, und selbst die Führer wurden nicht bemerkt. Das Land-

sturmgeschlag gelangt heute noch nicht zur Beratung, die hauptsächlichsten Gegenstände der heutigen Tagesordnung sind vielmehr das Gesetz über die Naturalleistungen im Friebe und in Folge einer von landwirthschaftlicher Seite ausgehenden Petition die Eisenbahntariffrage. In der Bank-Commission wird die erste Lesung des Bankgesetzes etwa erst um die Mitte künftiger Woche abgeschlossen sein. Nach einer kurzen Pause wird sich die Commission dann der zweiten Lesung zuwenden, die möglicherweise in Beziehung auf einige Gegenstände, bei denen in der Zwischenzeit noch eine eingehende Information über den Geschäftsbetrieb der Preussischen Bank notwendig ist, noch sehr wesentliche Änderungen an den Beschlüssen der ersten Lesung herbeiführen wird. Es ist noch fraglich, ob die Commission ihre Arbeiten in der zweitfolgenden Woche wird erledigen können, und erst in der drittfolgenden Woche kann dann erst das Gesetz im Plenum beraten werden.

Der preussische Landtag muß nach Artikel 76 der Verfassung bis Mitte Januar euberufen werden, und der 15. galt bisher als der äußerste Termin. Die Kaiserliche Verordnung im heutigen Reichsanzeiger enthält aber die Berufung erst zum 16. Januar, wozu die Regierung nur durch die Rechnung gelangen konnte, daß der Januar 31 Tage zählt. Sachlich ist die Hinausschiebung ja auch begründet, weil aus obiger Ausnahmestellung erhellt, daß im künftigen Falle Reichstag und Landtag immer noch etwa 14 Tage zu gleicher Zeit tagen müssen. Das Abgeordnetenhaus wird während dieser Zeit seine materielle Thätigkeit leider nur in sehr beschränkter Weise aufnehmen können.

Ueber den Inhalt des jetzt bereits vom Staatsministerium genehmigten Gesetzes über die Verwaltungsgerichte, welches dem Landtag sogleich bei seinem Zusammentritt vorgelegt werden wird, verlautet offiziell folgendes Nähere: An der Spitze des Entwurfs steht der allgemeine Satz: „Die Gerichtsbarkeit in freirechtlichen Verwaltungssachen wird durch Verwaltungsgerichte ausgeübt.“ Dieselben werden auf 3 Stufen organisiert: 1) als Kreisverwaltungsgerichte mit dem Sitz im Wohnorte des Landraths, 2) als Bezirksverwaltungsgerichte mit dem Sitz an dem Orte, wo die Bezirksregierung ihren Sitz hat, und 3) als ein oberstes Verwaltungsgericht mit dem Sitz in Berlin. Das letztere bekommt einen Chefpräsidenten mit den erforderlichen Senatspräsidenten und Räten. Die Präsidenten und die Hälfte der Räte müssen zu einem richterlichen Amte, die übrigen zu einem höheren Verwaltungsamte befähigt sein und ein Alter von wenigstens 35 Jahren haben. Die Ernennung derselben geschieht auf Vorschlag des Ministeriums durch den König und zwar auf Lebenszeit. Eingeführt werden die Verwaltungsgerichte zunächst in den fünf alten Provinzen, in welchen die Kreisordnung in Geltung ist, die übrigen Provinzen werden sie erst, wenn dort die Kreisverwaltungsgerichte in Thätigkeit sind, erhalten. Aus dieser officiellen Notiz ist ersichtlich, daß die früher vom Ministerium des Innern gehegte Ansicht, die Bezirksregierungen aufzuheben, von der Regierung jetzt aufgegeben ist. Wir erwähnten bereits, daß es Fürst Bischoff sein soll, der diese Schenkung veranlaßt hat.

Der Abg. Laßler sagt in seiner die Angelegenheit des Fürsten Putbus betreffenden Erklärung, „daß alle von mir in jener Sache bezüglich des Fürsten Putbus gemachten Angaben auf amtlichen Ermittlungen beruhen und im ehrenrührigen Verfahren nicht widerlegt sein können. Da überdies das ehrenrührige Verfahren geheim geführt, Natur und Inhalt desselben mir völlig unbekannt ist, so kann ich das Ergebnis desselben in keiner Weise beurtheilen, so lange nicht die in jenem Verfahren erfolgten Ermittlungen und Feststellungen glaubhaft veröffentlicht sind.“ Die „Krenz-Ztg.“ ist darüber sehr böse, daß Laßler nicht einem aus Offizieren bestehenden Ehrengerichte vollständigen Glauben schenken, noch eine „obere Instanz“ über dem Ehrengericht etablieren will. Sie kündigt an, daß noch weitere Veröffentlichungen erfolgen werden. Die „Germ.“ greift den Führer der Partei, welche die hauptsächlichsten Gegnerin des Centrums ist, bei dieser Gelegenheit auf die gemeinste Weise an. Weil sie zu einer Bemerkung von Laßlers Charakter seinen Anhaltspunkt findet, so wirft sie ihm seine „Stammesgenossen“ vor, sie sagt, in derjenigen Erwerbsklasse, zu welcher die Stammesgenossen des Herrn Laßler das hauptsächlichste Contingent liefern, würden sonst doch zu beschwerliche Ansprüche an die Ehre gestellt. — Nach der „Dff. Ztg.“ war das Ehrengericht durch den Kaiser selbst nach den Bestimmungen über die Ehrengerichte zusammengesetzt, und hat in Stettin, als dem Orte des Truppenheils, dem der Fürst (als Oberstleutnant) aggregirt ist, seine Sitzungen gehalten, welche mehrere Wochen gedauert haben. Es bestand aus dem Divisions-Commandeur Generalleutnant v. Hartmann, aus zwei Obersten, zwei Oberstleutenants und zwei Majors.

Die „Times“ bespricht in einem längeren Artikel die Ausdehnung der deutschen Flotte und sagt, England begriffe neidlos das Entstehen einer neuen Seemacht in jenem großen Nordreiche, welches in einigen Dingen sein Nebenbuhler scheine, in anderen aber sein natürlicher Bundesgenosse sei.

Die „N. A. Z.“ bespricht in einem officiellen

Artikel in anerkennender Weise die Männer der soeben gestirzten spanischen Regierung Serrano-Sagasta. Sie weist auf die großen Schwierigkeiten hin, welchen dieselbe gegenüberstand und die sie theilweise besiegte, auf die zweifache Gefährdung von Seiten des Carlismus und der Intriganten, so wie die Spaltung im Schoße der anderen Parteien. In Betreff der Kriegsführung gegen die Carlisten hält das officiöse Blatt sein Urtheil zurück, um so mehr lobt es, daß Marshall Serrano bei der Nordarmee und Sagasta in Madrid zurücktraten, ohne das Land durch neues Blutvergießen noch mehr zu zerreißen. Der Artikel schließt: „Je unbefangener wir der Bewegung zuschauen, desto ruhiger können wir das Verhalten der Staatsmänner würdigen, die den Anfängen einer constitutionell monarchischen Ordnung weichen, nachdem sie sich durch die Befestigung staatlicher Grundlagen um Spanien verdient gemacht haben.“

König Alfons ist vorgestern Abend, nachdem er noch vorher Mac Mahon einen Besuch abgestattet, nach Marseille gereist und hier hat er gestern Nachmittags das Schiff bestiegen, das ihn auf spanischen Boden tragen soll. Allem Anscheine nach wird er dort mit Freunden empfangen werden. Wie lange er sich halten wird, das wird von seiner Regierung abhängen. Was für uns die beste Botschaft der Zukunft ist, die Ultramontanen greifen ihn aller Orten auf das Heftigste an. Die „Germ.“ nennt ihn einen neuen „Winterkönig“ und sagt, Don Alfonso werde noch lange warten müssen, bis sie ihn als König von Spanien anerkennen werde; ein österreichisches ultramontanes Blatt wünscht, daß die Carlisten ihn auf der Reise von Barcelona nach Madrid aufgreifen und mit ihm kurzen Prozeß machen möchten, die französischen Clerikalen hegen ähnliche fromme Wünsche. Diese Angriffe müssen natürlich die neue Regierung in das entgegengesetzte Lager treiben. Ueber kurz oder lang werden die Römischen wohl, wenn sie sehen, daß Alfonsos Regierung Bestand hat, doch mit ihr Frieden schließen.

Die Franzosen glaubten Anfangs, ihre Regierung habe die Erhebung Alfonsos befördert und Deutschland damit einen Streich gespielt. Da die officiellen Organe der deutschen Regierung sich freunblich über Alfonsos auslassen, so ist man dort verwirrt und allmählich wieder gegen Alfonsos gestimmt. In den Pariser officiellen Kreisen hat es verstimmt, daß die Bonapartisten auf so verträumtem Fuße mit dem neuen Könige stehen. Die Orleansen halten noch immer zu Alfons, da sie hoffen, daß der Herzog von Montpensier, einer der übrigen, alle übrigen Einflüsse verbannen und den jungen König ganz nach ihrer Pfeife tanzen lassen werde.

In Frankreich ist die Krisis noch nicht beendet, aber es scheint jetzt, als ob der Kris noch einmal überkleistert werden soll. Mac Mahon will ein Cabinet aus der neuen Majorität bilden, aus welchen Elementen dieselbe besteht, darüber hat uns der Telegraph noch nicht berichtet, aber dießelbe Nachrichten liegen noch nicht vor. Frankreich leidet nach einem Manne mit starker Faust, aber er will sich noch immer nicht finden.

Deutschland.

N Berlin, 7. Jan. In der heutigen Sitzung der Bank-Gesetz-Commission wurde zunächst § 16 einstimmig angenommen. Derselbe legt der Reichsbank das Recht bei, nach Bedürfnis ihres Verkehrs Banknoten auszugeben. § 17 lautet wie folgt: „Die Reichsbank ist verpflichtet, für den Betrag ihrer im Umlauf befindlichen Banknoten jederzeit mindestens ein Drittel in cursfähigem deutschem Golde, Reichsausschneidegold oder in Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Pfund sein zu 1391 M. gerechnet und den Rest in discreten Wechseln, welche eine Verfallzeit von höchstens drei Monaten haben, und aus welchen in der Regel drei, mindestens aber zwei als Zahlungsfähig bekannte Verpflichtete haften, in ihren Kassen als Deckung bereit zu halten.“ Hier wurde der Satz von 1391 M. vorbehalten. Der Paragraph wurde einstimmig angenommen. § 18 lautet: „Die Reichsbank ist verpflichtet, ihre Noten: a) bei ihrer Hauptkassette in Berlin sofort auf Präsentation, b) bei denjenigen ihrer Zweigkassen, welche in Städten von mehr als 100,000 Einwohnern — berechnet nach dem durch das Kaiserliche statistische Amt festgestellten Ergebnisse der unmittelbar vorausgegangenen Volkszählung — ihren Sitz haben, vor Ablauf des dritten Tages nach dem Tage der Präsentation, c) bei den Reichsbankcomtoiren (§ 36), welche nicht unter die zu b. bezeichneten Zweigkassen fallen, so weit es deren Baarbestände und Geldbedürfnisse gestatten, dem Inhaber gegen cursfähiges deutsches Geld einzulösen.“ Abg. Laßler beantragte, daß in Alinea b. die betreffenden Städte genannt würden, da die Ziffer der Einwohner gleichgültig sei; wichtige Handelsstädte hätten unter 100,000 Einwohner, auch Doppelstädte kämen in Betracht. Abg. Bamberg beantragte, unter Streichung von Alinea b. zu sagen: „Bei ihren Zweigkassen und Reichsbankcomtoiren, soweit es deren Baarbestände und Geldbedürfnisse gestatten“, und beschloß sich vor, in § 44 sub 4 für die Privatbanken zu beantragen: „Die Bank verpflichtet sich, ihre Noten bei einer von ihr zu bezeichnenden Stelle in Berlin oder (statt „und“) Hamburg, Leipzig, Frankfurt, München u. s. w. einzulösen.“ Präsident

Delbrück hielt persönlich den Antrag Bamberger für eine Verbesserung; es werde dadurch für die Reichsbank die Einrichtung getroffen, welche die Preussische Bank gehabt habe. Die Consequenz erfordere allerdings dann, dieselbe Bestimmung für die Privatbanken zu treffen. Für das Publikum sei hinreichend gesorgt, wenn, wie er voraussetze, die gegenseitige Annahmepflicht der Noten in das Gesetz aufgenommen werde. Nach eingehender Debatte und nachdem Abg. Berger eine Liste von 23 Städten, die sub b. aufzunehmen sein würden, aufgestellt hatte, zog Abg. Laßler seinen Antrag zurück, worauf der Antrag Bamberger mit 12 gegen 9 Stimmen und dann der ganze Paragraph in der so geänderten Fassung angenommen wurde. § 19 lautet: „Die Reichsbank ist verpflichtet, die Noten der vom Reichstagskanzler nach der Bestimmung im § 45 dieses Gesetzes bekannt gemachten Banken sowohl in Berlin, als auch bei ihren Zweigkassen in Städten von mehr als 100,000 Einwohnern oder am Orte der Bank, welche die Noten ausgegeben hat, zum vollen Nennwerthe in Zahlung zu nehmen, so lange die ausgebende Bank ihrer Noteneinlösungspflicht pünktlich nachkommt. Die auf diesem Wege angenommenen Banknoten müssen entweder zur Einlösung präparirt oder zu Zahlungen an die ausgebende Bank verwendet werden. Die Reichsbank ist ermächtigt, mit anderen deutschen Banken Vereinbarungen über Verzichtleistung der letzteren auf das Recht zur Notenausgabe abzuschließen.“ Hier beantragte der Abg. Bamberger die Streichung des Alinea 1. Nachdem er diesen Antrag motivirt, wurde die Sitzung vertagt.

WT. In der heutigen Sitzung des Stadtverordneten-Collegiums wurde anstatt des bisherigen Vorstehers Kochmann, der eine Wiederwahl abgelehnt hatte, Dr. Straßmann mit 53 von 100 Stimmen zum Vorstehen gewählt. Kochmann erhielt 45 Stimmen. Der bisherige Stellvertreter des Vorstehers, Volggold, wurde mit 55 Stimmen wiedergewählt. Stadtverordneter Degmeier hatte 38 Stimmen erhalten.

Die Auswanderer-Beförderung hat im letzten Jahre erheblich abgenommen. Unter diesen Umständen mußte es sich die alte Hamburg-Amerikanische Gesellschaft gefallen lassen, daß ihre Aktien im Course unter Pari sanken, — ein Standpunkt, den sie seit Jahren nicht gekannt. Die Notizung der Aktien ultimo 1874 war 74 gegen 136 im vorausgegangenen Jahre; für die „transatlantische Gesellschaft“ war der Course Ende 1873 61½ und Ende 1874 16½. Die Auswanderung betrug im abgelaufenen Jahre 42,952 Personen gegen 68,849 Personen im Jahre 1873. Hieron entfielen auf die directe Beförderung 1874: 30,152 Personen, 1873: 44,273. Die Zahl der indirect über England beförderten Auswanderer hat sonach eher zu als abgenommen.

Breslau, 6. Jan. Die Provinzial-Synode der Provinz Schlesien wird am 23. d. M. eröffnet werden.

Hadamar, 6. Januar. Der des Landes verwiesene Priester Egenolf hatte sich, anstatt wie behauptet wurde, zu entfernen, im Hause seiner Eltern verpflegt. Derselbe las in der hiesigen Pfarrkirche am 4. d. eine Messe, wurde durch die Gendarmen verhaftet und nach Coblenz transportirt.

Kiel, 6. Jan. Wie die „Kiel. Ztg.“ meldet, sollen die in Wilhelmshaven stationirten Corvetten „Victoria“ und „Louise“ in nächster Zeit in Dienst gestellt werden. Zum Commandanten der „Victoria“ ist Corvettencapitän Birzow, zum Commandanten der „Louise“ Corvettencapitän Ditmar designirt. — Das in Danzig neu erbaute Kanonenboot „Cheloch“ soll denselben Blatte zufolge benachbacht nach China und Japan abgehen.

Heidelberg, 6. Jan. Am 31. December verschied hier nach schwerem Leiden der Hofrath Christian Kapp. Durch zahlreiche Schriften und durch seine politische Thätigkeit in den vierziger Jahren war er auch in weiteren Kreisen bekannt. Er war Mitglied des bairischen Landtags und des Vorparlamentes in Frankfurt a. M. Seiner politischen Richtung nach der äusseren Linken angehörig, zog er sich jedoch im Sommer 1848 aus der politischen Arena zurück und resignirte auch auf die Lehrtätigkeit als Professor an der Universität. Er lebte zurückgezogen auf seiner Villa bei Neuenheim.

Köln, 5. Jan. Die „R. V. Z.“ schreibt: „Auf höhere Weisung hat die Regierungs-Hauptkassie sich geweigert, unsern Erzbischofe die am 1. d. M. fällige Rate seines Einkommens (3000 M.) auszuzahlen; da diese Maßregel ohne Zweifel mit der Frage der Succursal-Pfarrreien in der Erzdiocese Köln zusammenhängt, so darf man um so mehr gespannt sein, wie die Verschiedenheit der Handlungsweise der Staatsregierung sich aufklären wird, indem in der Diocese Münster die Angelegenheit zu einem Conflict mit dem Bischofe nicht geführt hat.“

Karlruhe, 5. Jan. Die Altstadtkirchen Baden's beginnen nun das Abendmahl mit vor- ausgehender allgemeiner Reichthum gemäß den Beschlüssen der Bonner Synode abzuhalten, also mit Weglassung der Ohrenbeichte. So bis jetzt in Baden-Baden und Pforzheim.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 4. Jan. Am 2. d. M.

hat in Einsiedeln die Beerdigung des Abtes Heinrich Hattgen. Seit seinem Hinscheiden bis zur Stunde der Beerdigung wurde die Leiche des Prälaten in vollem Kirchenornate mit Stab und Inful auf einem Thronstuhl in stehender Stellung im sogenannten Beichtstuhl aufgestellt. Bevor er in die Gruft gesenkt ward, wurde er noch einmal durch alle Räume, Hallen und Corridore, durch Kirche und Chor getragen. Die schweizerische Cantonsregierung war bei der Feierlichkeit vertreten. Die Wahl des neuen Abtes ist auf den 13. d. angesetzt. — Das Organisationscomité des eidgenössischen Sängervereins hat an alle schweizerischen Sängervereine ein Circular gerichtet, in welchem zu dem diesjährigen Sängerversammlungsabend eingeladen wird.

Österreich-Ungarn.

Wien, 7. Jan. Ueber den Tod des Kurfürsten von Hessen erfährt man noch folgendes Nähere: Der Kurfürst lag gestern mit seinen drei Söhnen beim Mittagstisch, als er plötzlich von Unwohlsein ergriffen wurde. „Bringt mich zu Bett“, rief er, worauf der Tod sofort eintrat. Die Ueberführung der Leiche nach Horkowik erfolgt wahrscheinlich am Sonntag. — Der Kurfürst hat testamentarisch die Ueberführung seiner Leiche nach Cassel binnen acht Tagen verlangt und die Einbalsamierung verboten. Der Kaiser von Österreich hat eine Beileidsbescheide gesandt.

Frankreich.

Paris, 5. Jan. Der Lordmayor und die Scheriffs von London, welche anlässlich der Eröffnung der neuen Oper hier eingetroffen sind, begaben sich heute Nachmittag in ganz fabelhaften Staatskarossen mit Käufern und Lakaien nach dem Ellysée, woselbst sie vom Marshall Mac Mahon empfangen wurden. Seitens des Publikums fand ein ungeheurer Zulauf zu dieser Maskerade statt. Paris selbst ist heute nur von der Festerlichkeit in der neuen Oper in Anspruch genommen. Obgleich die Vorstellung erst um 7½ Uhr beginnt, so ist der Platz vor der Oper schon durch eine dichte Volksmenge besetzt, welche zwar nicht auf die Eröffnung des Opernhauses, denn dort werden nur die Eingeladenen zugelassen, sondern auf das Schauspiel harret, welches der Platz vor der Oper bieten muß. Dergleichen sei noch bemerkt, daß das Opernhaus keineswegs vollständig fertig ist. Es wurde auch nur eröffnet, weil Cumont dieser Festerlichkeit noch vorstehen wollte, und da er möglicherweise am 7. nicht mehr Minister sein wird, so setzte er sie auf den 5. fest. Der Architect Garnier war darüber auch so ungehalten, daß er Paris verließ und sich nach Reggion begab. Die Deputirten sind ungehalten, daß man ihnen nur 250 Plätze vorbehalten hat. Unter den Eingeladenen befindet sich auch die Ex-Königin von Spanien. Selbst man findet man es, daß die Eingeladenen, sogar die Deputirten, ihre Plätze bezahlen müssen. Der Ex-König stellte man eine Loge von sechs Plätzen zur Verfügung, für die man ihr 180 Fr. anrechnet.

Die Zahl der Unglücksfälle, zu welchen das Glätteis vom 2. Januar in Paris Veranlassung gegeben, übersteigt allen Glauben. Auf der Polizei sind über 2000 Arm- und Beinbrüche sowie andere Verletzungen und leider auch unerwartet viele Todesfälle angewendet worden.

Verfailltes, 6. Jan. In der Sitzung der National-Verammlung wurde heute eine Botschaft des Präsidenten Mac Mahon verlesen. Dieselbe lautet: „Der Zeitpunkt ist gekommen, wo Sie an die Beratung der constitutionellen Gesetzentwürfe herantreten; die Arbeiten der Commission sind vollendet, ein weiterer Verzögerung würde der öffentlichen Meinung unerträglich sein. Ich selbst hege den Wunsch, daß der Gewalt, welche ich kraft des Gesetzes vom 20. November 1873 ausübe, die notwendige Ergänzung gegeben werde und habe deshalb meine Regierung beauftragt, an Sie den Antrag gelangen zu lassen, daß in einer der nächsten Sitzungen der Gesetzentwurf über die Errichtung einer zweiten Kammer auf die Tagesordnung gesetzt werde. Denn gerade diese Institution erscheint am meisten durch die conservativen Interessen geboten, deren Vertheidigung Sie mir anvertraut haben, und der ich mich niemals entziehen werde. Die Beziehungen zwischen der National-Verammlung und der Exekutivgewalt sind jetzt angenehm; vielleicht wird dies eines Tages nicht der Fall sein, wenn Sie den Zeitpunkt für die Verabschiedung Ihres Mandates festgesetzt haben werden und eine neue Verammlung an Ihre Stelle getreten sein wird. Es können dann Konflikte entstehen. Um dieselben von vornherein abzuwehren, ist die Intervention einer zweiten Kammer unerlässlich, welche durch ihre Zusammenfügung verlässliche Garantien bietet. Selbst wenn Sie es für angemessen halten sollten, der Exekutivgewalt in Gemäßheit der Wünsche meiner Regierung das Recht beizulegen, durch Auflösung der Verammlung an das Urtheil des Landes appelliren zu dürfen, so würde eine zweite Kammer nichtbedeutender erforderlich sein. Denn es wäre nicht ungefährlich, von der Befugnis, die Kammer aufzulösen, Gebrauch zu machen, und ich würde Anstand nehmen, mich derselben zu bedienen, wenn die Exekutivgewalt in einer solchen kritischen Lage nicht in der Mitwirkung einer Verammlung, welcher in Folge ihrer Zusammenfügung ein moderirender Einfluß beizubringen, eine Unterstützung findet. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Majorität der Verammlung über diesen Gegenstand derselben Ansicht ist, wie ich. Wenn im Laufe der Beratung meine Regierung an den Vorschlägen der Commission einige Abänderungen vornehmen sollte, so wird dies nur geschehen, um die Annahme des Entwurfs der Commission zu erleichtern. — Ich komme jetzt zu einem zweiten Punkt, über welchen ebenfalls schleunigst entscheidende Bestimmungen getroffen werden müssen, nämlich zu der Uebertragung der Regierungsgewalt, in dem Zeitpunkt, wo ich aufhören werde, dieselbe auszuüben. In diesem Punkt ist meine Intervention eine sehr reservirte, da meine persönliche Verantwortlichkeit in keinem Fall in Anspruch genommen werden darf. Ich stehe nicht an, auszusprechen, daß nach meiner Ansicht diese Uebertragung der Regierungsgewalt nach Ablauf meiner Präsidentschaftsperiode am 20. November 1880 in der Weise geordnet werden muß, daß den repräsentirenden Verammungen, welche in diesem Zeitpunkt versammelt sein werden, unbeschränkte Freiheit gelassen

werde, die Form der Regierung Frankreich's zu bestimmen. Denn nur unter dieser Bedingung kann die Mitwirkung aller gemäßigten Parteien an dem Werke der nationalen Wiederherstellung gesichert bleiben, mit deren Vollenbung ich betraut bin. Weniger Gewicht lege ich auf die andere Frage (und ich glaube, daß das Land darin mit mir übereinstimmt), was geschehen soll, wenn nach dem Willen der Verammlung ich vor Ablauf meines Mandats sterben sollte. Die nationale Souveränität hört niemals auf und die Vertreter derselben werden immer ihren Willen kundgeben können. Man hat den Wunsch geäußert, daß in einem solchen Falle bis zu dem Jahre 1880 nichts an dem gegenwärtigen Stande der Dinge geändert werden möge. Es ist Ihre Aufgabe, darüber zu entscheiden, ob es nicht zweckmäßig erscheint, durch die Bestimmungen dieses Gesetzes die Garantien für die Stabilität der Regierung zu vermehren, welche in dem Gesetz vom 20. November 1873 vorausgesehen sind. Sie werden sich über diesen Punkt in dem Geiste der Versöhnung, der uns Alle beherrscht, unter sich zu verständigen haben. Die öffentliche Meinung würde es unbegründet finden, daß eine Meinungsverschiedenheit, welche eine bloße Eventualität zum Ausgangspunkt hat, im Stande sein sollte, die gegenwärtigen gesicherten Verhältnisse zu stören. Das Land erwartet Ihre Einigung. Dies sind die Ansichten, welche ich mir über die wahren Bedürfnisse des Landes gebildet habe. Die Unterredungen, welche ich mit einer großen Anzahl von Mitgliedern der National-Verammlung vor Kurzem gehabt habe, lassen mich hoffen, daß die Majorität der Verammlung denselben Ihre Sanction geben wird. Dies ist mein schärfster Wunsch, dessen Verwirklichung ich Ihnen in Ihrem eigenen Interesse an das Herz lege. Die Unruhe, in welcher sich Frankreich befindet, und die Gefahren, welche es umgeben, zeigen Ihnen Ihre Pflichten. Was mich angeht, so glaube ich meine Schlichtigkeit in vollem Umfange gethan zu haben und ich erwarte, — welchen Ausgang auch diese Beratung haben möge, — daß das Land so gerecht sein wird, meinen guten Willen anzuerkennen.“ — Nach Verlesung der Botschaft beantragte der Deputirte Batbie im Namen der mit der Beratung der constitutionellen Gesetzentwürfe betrauten Commission, daß die constitutionellen Vorlagen sogleich nach dem Gesetz über die Cadres der Armee auf die Tagesordnung gesetzt würden. Ebenso solle der Gesetzentwurf, betrefend den Senat mit dem Zusatzartikel, daß er nicht vor dem Gesetz über die Uebertragung der Gewalten des Präsidenten in Kraft treten dürfe, zuerst discutirt werden. Kerebel zeigt an, daß die Armee-commission die Beratung des Gesetzes über die Cadres beendet habe. Laboulaye verlangt, den Gesetzentwurf über die Uebertragung der Gewalten als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt zu sehen, und wird hierin von Castellan unterstützt. Von anderer Seite wird beantragt, daß die Vorlage betreffend die Bildung eines Senats zuerst discutirt werde. Jules Simon führt darauf aus, daß es zunächst erforderlich sei, die Gewalten der Präsidentschaft zu organisiren, bevor man in die Debatte über die Bildung eines Senats einträte. Der Minister des Innern unterstützt den Antrag, das Gesetz über den Senat zunächst auf die Tagesordnung zu setzen. Die Verammlung beschließt, die constitutionellen Gesetzentwürfe, und von diesen zuerst die Vorlage über die Uebertragung der Gewalten sogleich nach dem Gesetz über die Cadres der Armee auf die Tagesordnung zu setzen und lehnt es ab, das Gesetz über die Bildung eines Senats vorweg zu beraten.

Belgien.

Brüssel, 4. Jan. Der Gemeinderath der Stadt Antwerpen hat beschlossen, eine Petition um Einführung des obligatorischen Unterrichts an die Abgeordnetenkammer zu richten; die Verhandlungen über diese Petition dürften zu lebhaften Discussionen führen, obwohl leider nur wenig Hoffnung vorhanden ist, daß sie von dem erwünschten Resultate begleitet werden. Es ist traurig, gesehen zu müssen, daß ein so industrielles und commercielles Land, wie Belgien, in der Volksbildung noch weit hinter den anderen Ländern zurücksteht. — In Brüssel soll im Jahre 1876 ein internationaler Congress für Gesundheitspflege und Rettungsvorkehrungen abgehalten und derselbe mit einer Specialausstellung der zu seinem Wirkungskreis gehörigen Gegenstände verbunden werden.

Spanien.

Aus Bahonne, 4. Jan. schreibt der Correspondent der „R. B.“: „Die in eine neue Periode eingetretenen cosas de España lassen sich augenblicklich von hier aus besser übersehen, als vielleicht von irgend einem Punkte der Halbinsel selbst. Dort sind die Verbindungen noch vielfach unterbrochen, langsam und beschränkte Eindrücke ausgeht, während hier in der äußerst zahlreichen und augenblicklich natürlichsten Weise auch sehr aufgeregten spanischen Colonie eine Menge von Fäden aus allen Theilen des spanischen Landes zusammenlaufen. General Serrano selbst will seit gestern hier und scheint sich in Biarritz die Rolle eines politischen grossen Adhärenz gewählt zu haben. Er empfängt Memanden und giebt sich den Anschein, als ob er den Dingen in Spanien ganz ihren Lauf lassen wolle. Manche wollen bezweifeln, daß er ganz aufrichtig sei, wenn er die Rolle eines durch die Ereignisse Ueberzasteten spielt und den Rath seiner Generale an der republikanischen Sache befragt. Doch läßt sich eben so wohl annehmen, daß man ihm mit solchem Zweifel unrecht thut. Weniger dürfte man irren, wenn man ihm den Wunsch zuschreibt, für alle eine mögliche Person zu bleiben. Was die spanische Nation und ihre Armee betrifft, so scheint sie trotz aller Ueberrassungen und alles Rathes widerstandlos der neuen Regierungsform in die Arme zu sinken. Ich kenne einen vor den Carlisten stehenden General, der sich vollkommen in der Lage glaubte, mit 18,000 Mann nach Madrid zu ziehen und die Regierung Serrano's zu retten. Da er aber wußte, daß die Carlisten ihm auf den Fersen über den Ebro folgen würden, blieb er auf seinem Posten und unterwarf sich kühnend dem neuen Regiment. Die gleiche patriotische Erwägung scheint bei anderen Befehlshabern der verschiedenen Operationsarmeen jedem Widerstande gegen den Staatsföhrer vorgebragt zu haben, und die Alfonsisten haben vorläufig ihre

gewagtes Spiel gewonnen. Freilich werden sie nun nicht allein gegen die Carlisten, sondern auch — wenn auch vielleicht erst später — ebenfalls gegen die unruhigen Elemente der großen Städte Front zu machen haben, und die Verstärkung der Garnisonen wird der ohnehin zu schwachen Operationsarmee wieder bedeutende Kräfte entziehen, ein Verlust, der höchstens aufgewogen werden kann durch die unermessliche Verwirrung, die durch die Ausbreitung des neuen Rüksichts in carlistischen Lager entstehen muß. Denn dort sind viele Elemente, die nur aus Opposition gegen die Republik sich für Carlos VII. erklärt haben, aber mit einem anderen bourbonischen Könige ganz zufrieden sein werden. Zwietracht und Mißtrauen dürfte also jetzt in diesen Reihen noch in reichlicher Fülle aufgehen als vorher. Aus San Sebastian erfahre ich, daß die Proclamation Alfonsos dort stattgefunden hat, und zwar wie gewöhnlich in Spanien, unter Musik und Tanz. Die Bataillone marschirten auf und erhielten von dem Obersten die Nachricht von dem glücklichen Regierungswechsel, während die Musik spielte, das Publikum promenierte und die Generale Loma, Blanco, Diedo mit ihren Adjutanten verdrücklich auf Seite hielten und auf den Bänken die Mameba stehend ihre Cigarren rauchten. Die Gleichgültigkeit und Mißstimmung hätte nicht größer sein können. Das Publikum machte theils verdrückliche, theils hämische Gesichtszüge zu der ganzen Ceremonie, die mit den drei vorchriftsmäßigen Vivats sehr matt beschloffen wurde.“

Nach Berichten aus Madrid ist nirgendwo auf der ganzen Halbinsel und eben so wenig auf den Antillen eine Ruheföhrung vorgekommen. An Unzufriedenheit fehlt es selbstverständlich nicht; ihr Maß entspricht den verlorenen Aemtern und den getäuschten Hoffnungen; aber sie schweigt doch oder giebt sich doch nur durch Kundgebungen zu erkennen, welche keine Gefährdung des öffentlichen Friedens einbegreifen. Daß außer den schon mitgetheilten Fällen noch viele Veränderungen in der höheren Beamtenwelt vorgenommen worden sind, war als selbstverständlich anzusehen. Von den Gouverneuren der Provinzen hat ein großer Theil sein Entlassungsgesuch eingelebt und ist bereits erledigt. Des General Duesada hat sich nach Valencia begeben, um an Stelle des jetzigen Kriegsministers Jovellar den Oberbefehl über die Armee des Centrums zu übernehmen. Von Castelar hört man, daß er den Vorstoß der Auslieferungskommission für Philadelphia, sein Amt im Unterriksrath und seine Professur der Geschichte an der Universität Madrid aufgegeben hat und nach der Schweiz überfiedeln will. Alfonsistische Blätter bringen unter allen möglichen Lobsprüchen für seine Verdienste um das Vaterland in ihn, diesen Vorschlag fahren zu lassen. Für die Politik der neuen Regierung ist es bezeichnend, daß ein Decret derselben das Geschworenengericht einführte bis auf Weiteres außer Kraft setzt. Die Ernennung Alvarez Bugallals zum Unterstaatssecretär im Justizministerium läßt auch eben nicht darauf schließen, daß in der Justizgesetzgebung liberale Bäume eingeschlagen werden sollen. Einen Beweis von Dubsamkeit hat die Regierung indessen durch eine Maßregel auf dem Gebiete der Presse gegeben, indem mehrere der Zeitungen, die am Schluß der Unterredung unterbrochen waren, welche nicht ausgesprochen republikanische Ziele verfolgten, von dem Verbote befreit worden sind. — An der Börse hat das plötzliche Aufschwollen der Course eine große Panik zur Folge gehabt; mehrere Bankrotte sind ausgebrochen; der Börsenvorstand hat Zeitverkäufe verboten. Ein Beispiel von Patriotismus hat auf finanziellem Gebiete der Marquis von Manzanares gegeben, der dem Finanzminister Salaverria zur Deckung der ersten Bedürfnisse des Staatschatzes sein ganzes Vermögen zur Verfügung stellt.

England.

London, 7. Jan. Die Majorität der streikenden Kohlenarbeiter in Wales hat beschlossen, mit dem heutigen Tage die Arbeit wieder aufzunehmen.

6. Jan. Die Regierung scheint vorzuziehen, die Nordpol-Expedition so geüßlich als möglich auszuführen, und sie wird vor Allem sorgen, eine gute Auswahl unter den Offizieren zu treffen. Vorzugsweise sollen solche Offiziere mitgegeben werden, die mit ihrer Seemannskunde die Kenntniss irgend eines speziellen Zweiges der Wissenschaft vereinen. Die Ernennungen werden auch fröhlich erfolgen, um den Eiferen Zeit zu geben sich wissenschaftlich noch mehr zu vervollkommen und für die Ausbeute der Fahrt sich vorzubereiten. Geologen und Naturforscher werden die Expedition begleiten, und ein Offizier des Ingenieurcorps, nicht also von der Marine, soll, wie man sagt, mit den magnetischen Beobachtungen betraut werden. Auch die Photographie wird bei der Expedition vertreten sein.

Irland.

Warschau, 4. Jan. Den Vorstellungen unseres General-Gouverneurs Grafen Kokebius ist in St. Petersburg gelungen, beim Ministerium die Genehmigung auszuwirken, daß auch in den Hauptorten der Provinzen Generalat untergebenen Gouvernements, also in Rabom, Lublin, Ralsk u. s. w. landwirthschaftliche Ausstellungen stattfinden dürfen, von denen man sich für die Hebung der Landwirthschaft Bedeutes verpricht. — Der Kaiser hat auf das Gutachten des Comité's für Angelegenheiten des kaiserlichen Hofes beschlossen, das Amt des Warschauer General-Superintendenten von dem Amte des Ober-Pastors der evangelischen Gemeinde in Warschau zu trennen, das Jahresgehalt des ersteren vom 1. Januar 1875 an auf 2300 Rbl. und die im Budget des Ministeriums des Innern alljährlich auszuwerfende Summe für Visitationen für den General-Superintendenten von 1500 auf 2000 Rbl. zu erhöhen.

Der für gemüthskrank erklärte Großfürst Nicolaus Constantinowitsch ist in Begleitung des Dr. Tischschow nach der Krim abgereist, um im kaiserlichen Palast zu Orland seine Wohnung zu nehmen.

Ueber die Lage der unruhigen Bauern wird dem Krakauer „Gaz.“ aus der Chelmer Diöcese geschrieben: „Die Bauern, mirbe gemacht durch den kräftigen Druck, den die Einquartierung einer bedeutenden Truppenmacht, Kosaken, Husaren

und Infanterie, wie die Stockprügel, die besonders gegen Frauen in Anwendung gebracht wurden, anstößten, gingen in einigen Kirchspielen auf alle an sie gestellten Forderungen ein, unterzeichneten die ihnen vorgelegten Declarationen, baten ihre Pfarrer um Verzeihung und führten dieselben in die Pfarren ein. Wer nicht unterschreiben wollte, wurde in die Kreisstadt Biala abgeführt. Trotz alledem aber verharren viele Kirchspiele noch immer bei der Weigerung, die Declarationen zu unterzeichnen. Die Lage dieser Bauern ist äußerst traurig. Die Einquartierungstruppen haben ihnen Alles ausgezehrt, das Vieh, besonders die Ochsen, geschlachtet, Getreide, Kartoffeln und Sauerkraut weggenommen, Hüfner und Gänse abgefangen, das Futter vernichtet. Mander Landmann ist heute ohne Brod, und beim Beginn des Frühjahrs tritt zweifelsohne Hungersnoth ein. Dazu sind die Leute oft fürchterlich gemißhandelt, so namentlich im Dorfe Dolkobrod. In Budzyn und Umgegend, wo die Bauern ihre Wohnungen verlassen und sich in die Wälder begeben haben, wurde Alles dermaßen vernichtet, daß die Militär-aushebung nicht einmal vorgenommen werden konnte. Die aus Galizien stammenden ruthenischen Geistlichen denunciren nicht nur die Bauern, sondern mißhandelten sie auch eigenhändig im Besitz von Soldaten. In einigen Gemeinden reichte das von Hunger und Schlägen zur Verzweiflung gebrachte griechisch-unter Landvolk bei der Verhörbe eine Bittschrift ein, worin es um Aufnahme in den Schoß der russischen Staatskirche nachsuchte. Doch wurden die Bittsteller abschlägig beschieden und ihnen bedeutet, sie sollten nur den aus Galizien hergekommenen Geistlichen gehoramen.

Wie „Ruskij Mir“ hört, ergab die in den Büchern der St. Petersburger Gouvernements-lasse angelegte offizielle Untersuchung für die Jahre 1867/71 die Fälschung von Coupons der Loskaufscheine im Betrage von 140,000 Rubeln. Zwei der Fälschung dringenden verdächtige Personen sind bereits gefänglich eingezogen.

Türkei.

Es verlautet, türkischen Nachrichten aus Serajewo zufolge, daß ein türkischer Bevollmächtigter dem Fürsten in Cetinje so eben bekannt gemacht habe, die Pforte sei bereit, acht von den in der Podgoricza-Angelegenheit Mißgräbigen und um Tode Verurtheilten hinrichten zu lassen und den hinterbliebenen Familien der Gemordeten mehrere tausend Thaler Entschädigung auszubahlen.

Amerika.

New-Orleans, 5. Jan. Die conservative Deputirten, welche, wie bereits gemeldet, gestern mit dem Präsidenten den Sitzungssaal der gesetzgebenden Verammlung von Louisiana verließen, begaben sich darauf in ein Privathaus und discutirten dort eine neue gesetzgebende Verammlung.

Telegramm der Danziger Zeitung.

Kiel, 8. Jan. Der Kieler Hafen ist für Dampfer passirbar. Von Korför ist der Postdampfer „Treha“ heute morgen eingelaufen und retourirte um 2 Uhr Nachmittags.

Danzig, 8. Januar.

Wir haben unsere auswärtigen Leser um Entschuldigung zu bitten, daß wir ihnen die heutige Morgen-Nummer deshalb nicht haben rechtzeitig angehen lassen können, weil uns Seitens der Postamts-Zeitungs-Expedition unrichtige Umschläge zum Verspäten übergeben, richtige aber spät Abends nicht mehr zu erlangen waren.

Der Einfluß der Aufhebung der Mahl- und Schlachtfleischsteuer macht sich in Berlin bereits auch in Bezug auf die Preise der Lebensmittel geltend, schreibt die „Nat.-Ztg.“ Im Allgemeinen ist das Fleisch um 6 Pf. pro Pfund, Weizenmehl um 3 Pf. pro Pfund billiger geworden. Das steht zwar noch nicht ganz im Verhältniß zu dem fortgefallenen Steuerbetrage, wird sich aber hoffentlich noch weiter reguliren. — Und in Danzig? * Auf Veranlassung des Ministers des Innern soll den Behörden das Erkenntnis des Obertribunals zur Kenntnissnahme und Beachtung mitgetheilt werden, wonach als „Arzenei“, deren Zubereitung, Verkauf u. s. w. auf Grund einer polizeilichen Erlaubnis stattfinden darf, jede Zubereitung anzusehen ist, welche in einer der, dem Verzeichnisse A. der kaiserlichen Verordnung vom 25. März 1872 entprechenden Arzneiform als Heilmittel gegen Krankheiten feilgeboten wird, sollte auch nicht nachgewiesen sein, daß sie wirklich solche Stoffe enthalte, welche von der medizinischen Wissenschaft als zu Heilzwecken dienend anerkannt sind.

Der Minister des Cultus hat angeordnet, daß künftig in den Entwürfen der Etats für die höheren Unterrichtsanstalten neben der Gesamtsumme auch die Frequenz der einzelnen Klassen angegeben werden, um bei Feststellung der Etats leichter übersehen zu können, ob die in den letzteren beschäftigten Lehrkräfte ihren Aufgaben entsprechen. — Die Provinzial-Schul-Collegien sind angewiesen worden, diejenigen Schulprogramme, welche sich auf Gegenstände der caterländischen Geschichte beziehen, dem Curatorium des „Staats-Anzeigers“ zugehen zu lassen.

Dem Kreis-Steuereinsnehmer Kobs hier selbst ist der Charakter als Rechnungsrath verliehen worden. * Verkauft wurden die Grundstücke: Burgstraße No. 11 von dem Kaufmann E. Gronau an den Kaufmann L. T. Martens für 13,500 Mk.; Hundegasse No. 64 von dem Kaufmann F. W. B. Schwarz an Frau Kaufmann Stoddart für 43,500 Mk.; Dreigasse No. 117 von dem Jasmowitzschen Erben an den Kaufmann M. Gamm für 23,700 Mk.; Schüsselbaum No. 44 von dem Kaufmann Böh an den Handlungscommiss G. Mader für 22,500 Mk.; Faulgraben No. 9b von dem Kammermeister Willers an den Buchhalter E. A. Dschewski für 30,000 Mk.

In der am 11. d. unter dem Vorsitz des Herrn Appellationsgerichtsraths Rannenberg beginnenden diesjährigen ersten Schwurgerichtssperiode werden folgende Anlagensachen zur Verhandlung kommen: Am 11. d. M. gegen den Arbeiter Ferd. Müller wegen schwerer Diebstähle; — am 12. d. gegen den Schmiedemeister Friedrich Elworthy von hier wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit einer Person unter 14 Jahren und den Eigentümernsohn Friedrich Dronke aus Kratau wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode; — am 13. d. gegen den ehemaligen Fortanführer Carl v. Ober-Sommeran wegen Urkundenfälschung, den Arbeiter Michael Diddand, die Wittwe Johanna Schulz von hier wegen schweren Diebstahls und den Zimmergesellen Vincent Nowakiewicz wegen Diebstahls und versuchter Verletzung zum Tode; — am 14. d. gegen den Tischler Franz Rätelhof genannt Groth aus Rentzino wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode; — am

15. d. gegen den Eigentümer John (Theofil) Kiehl und Richter Stefan Kiehlowski wegen verurtheilten Mordes; — am 16. d. gegen den Gerichtspräsidenten Wilhelm Kiehlowski, den Schiffsgehilfen Joh. Kiehlowski und dessen Ehefrau von hier, wegen Verletzung und des Knecht August Kiehlowski aus Herberg wegen Körperverletzung mit nachfolgender Tödtung; — am 18. d. gegen den Arbeiter Ferdinand Sapendowski aus Braut wegen Körperverletzung mit nachfolgender Tödtung, den Kaufmann Joh. Kiehl von hier wegen wissentlichen Meineides und den früheren Polizeiführer Joh. Kiehl wegen wiederholter Unterschlagungen; — am 19. d. gegen die uneheliche Rosalie Schaub aus Gr. Wollan wegen Mordes und den Arbeiter Joh. Pfeiler von hier wegen wissentlichen Gebrauches einer falschen Urkunde; — am 20. d. gegen den Geschäftsführer Franz Kiehl aus Kienitz wegen verurtheilten Verletzung zum Meineide und den Arbeiter Joh. Kiehl wegen wissentlichen Meineides; — am 21. d. gegen die Arbeiter Joh. Brandt, Gottlieb Groth, Jacob Stobbe, Helene Wippel, Marie Wönte, Elisabeth Kiehl wegen schweren Raubes resp. Hehlerei und den Arbeiter Ed. Stilmann von hier wegen Straßenraubes; — am 22. d. gegen die Witwe Marianne Wönte aus Stenditz wegen vorsätzlicher Brandstiftung; — am 23. d. gegen die verheirathete Ehefrau Pauline Neumann von hier wegen schwerer Rauberei und die Arbeiter Joh. Kiehl, Joh. Schwarz, Friedrich Schadowitz, Anna Schwarz, Caroline Weiß und Arbeiter Anton Zimmermann wegen schweren Diebstahls resp. Hehlerei und Begünstigung.

— Der Freischütze: Bei der Wildgrube in Gr. Schanditz war während eines Zeitraums von 27 Jahren Gemeindevorsteher, von welchem Amt ihn die neue Kreis-Ordnung nun entbunden hat. In Anerkennung seiner für das Wohl der Gemeinde treu geführten Verwaltung dieses Amtes wurde ihm am 3. d. M. von mehreren Besitzern eine Ehrengabe in seiner Beibehaltung überreicht, bestehend in einem silbernen Pokal und einer werthvollen Kette. Auch Herr R. Kiehl schenkte dabei und sprach dem Gefeierten den Dank der Gemeinde für seine unparteiische Amtverwaltung aus.

Graudenz, 7. Jan. Von der für den Kreis Graudenz vom Kreisrathe gewählten Commission sind für das Jahr 1875 zur Staatseinkommensteuer veranlagt worden: 1) vom Lande 79 Personen vom Eink. mit 4368 \mathfrak{M} Steuer, 9 Beamte resp. Militärs mit 330 \mathfrak{M} Steuer; 2) aus der Stadt Graudenz: 94 Personen vom Eink. mit 3856 \mathfrak{M} , 72 Beamte resp. mit 3188 \mathfrak{M} ; 3) aus der Festung Graudenz: 3 Personen vom Eink. mit 114, 14 Beamte resp. mit 552 \mathfrak{M} ; 4) aus den Städten Reichen und Leisten 2 Beamte mit 96 \mathfrak{M} Steuer. Im Ganzen sind im Kreise 264 Personen mit 14,484 \mathfrak{M} zur Einkommensteuer veranlagt. Gegen das vorige Jahr ist namentlich die Stadt Graudenz, obgleich deren Erwerbsquellen bekanntlich nicht gewachsen sind, stärker herangezogen worden, denn es wurden damals nur 78 Personen von der Einkommensteuer mit 5394 \mathfrak{M} zur Einkommensteuer veranlagt.

Thorn, 7. Januar. Die hiesige polnische Zeitung meldete vor einiger Zeit, daß die Westpreußen mit einer Wapenpolizei zur Ueberwachung der polnischen Bewegung beauftragt worden sei. Die „Th. Ztg.“ brachte hierauf die Mittheilung, daß sich allerdings der Wunsch geltend gemacht habe, den polizeilichen Kräften durch Ernennung eines R. Polizei-Beamten, welcher der polnischen Sprache durchaus mächtig sei, eine Unterstützung zuzuführen, daß sich aber die Verhandlungen mit einer dazu ansehnlichen Persönlichkeit zerschlagen haben. Die Verhandlungen mit der in Aussicht genommenen oder einer andern Persönlichkeit scheinen jedoch jetzt zu dem gewünschten Resultat geführt zu haben, denn es ist daselbst ein Ministerial-Commissionarius in der Person des früheren Bürgermeisters von Koschmin, Herrn Rier, der später Mitredacteur der „Eben. Ztg.“ war, zur Beobachtung der ultramontanen Presse und Vereine eingetroffen. Herr Rier hat seine Geschäfte bereits übernommen.

Thorn, 8. Jan. In der letzten Stadtvorordnetenversammlung theilte der Magistrat mit, daß ein Theilnehmer der Unternehmer-Firma Wied in Berlin im Frühling d. J. verkommen werde, um sich über das Project einer Wasserleitung-Anlage zu informieren. Obwohl Herr A. Wied an die Stadt keine Anforderungen für seine Reise und Untersuchungen gestellt hat, wurde doch namentlich von den Dr. Dergentz und G. Diersfeld Bedenken gegen Verhandlungen mit ihm erhoben, weil diese sicher zu Ausgaben für die Stadt führen würden. Oberbürgermeister Vollmann und Dr. Meyer machten bemerkt, daß es der Stadt doch nichts schaden könne, wenn Herr A. auf seine Kosten herkomme, sich über die örtlichen Verhältnisse unterrichte und danach seinerseits Vorschläge und Auerbietungen mache. Die SVV. beschloß von der Mittheilung Kenntnis zu nehmen und die Herren Dr. Meyer und Dr. Kugner zu eruchen, mit Herrn Wied bei dessen Anwesenheit hier Rücksprache über eine Wasserleitung zu halten.

— In dem polnischen Grenzstädtchen Sulpce hatte dieser Tage die Frau des dortigen Rollatendieners ihre Parterre belegene Wohnung verlassen, um in dem gegenüber liegenden Kram etwas zu kaufen.

Wahrscheinlich hatte sie die Thür nicht eingeklinkt, denn bei ihrer Rückkunft fand sie das Schwein ihres Nachbarn in ihrem Stübchen vor, welches gerade im Begriff war, die letzten Theile ihres 1/2-jährigen Kindes, welches vor ihrem Fortgange in der Wiege geklammert, zu verzehren.

Königsberg, 8. Januar. Vor einigen Tagen machte das „Königsb. Tagebl.“ darauf aufmerksam, daß die Milchniederlage der landwirthschaftlichen Genossenschaft in der Trageheimer Kirchenstraße hier für 3 Liter nicht 5 Sgr. (1 Liter kostete bisher 1 1/2 Sgr., 3 Liter sonach 5 Sgr.), sondern 56 Pf. forbert, mit dem ausdrücklichen Hinweis, die Milch sei nicht theurer geworden; der alte Preis mache aber im neuen Gelde 6 Pf. mehr. Wiederholte Mahnungen, von dieser Ungeheuerlichkeit Abstand zu nehmen, blieben unbeachtet. Heute ist von einem Gelehrten deshalb eine Klage auf Rückzahlung von 5 Pfennigen an das Stadtgericht abgegeben, wofür die Genossenschaft dann 5 Sgr. Kosten zu zahlen haben wird. Wenn diesen Weg recht viele einschlagen möchten, würde die Genossenschaft ihre Lagerhalter schon besser rechnen lehren. — Dem „A. Tagbl.“ geht die Mittheilung zu, daß die neulich von dem Blatte selbst gebrachte Notiz, der Inhaber der Firma Schirckoff sei auf einer Bärenjagd erschossen, unrichtig sei. — Mit der Begrüßung des Herrn Geh. Commerzienrath Simon hat es, wie die „P. R. Z.“ nachträglich erfährt, doch noch so eine Art Wendungen. Allerdings hat der Kaiser ihn begnadigt, aber die zu verbüßende vierwöchentliche Gefängnißstrafe in eine Geldstrafzahlung von tausend Thalern verwandelt.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 8. Jan. Die „Times“ meldet aus New York, New Orleans sei vollkommen ruhig. Sheridan telegraphirte, man bedrohe sein Leben, weil er die Wahrheit sagte. Im Congress und im Senat dauern lebhaft Debatten wegen der Vorgänge in Louisiana fort. Die republikanischen Journale tadeln die Haltung des Präsidenten. Der Congress beriet heute die vom Senat vor Weihnachten angenommene Finanzbill. Der Präsident wird derselben zustimmen.

New York, 7. Jan. Der Gouverneur von Tennessee veröffentlichte eine Erklärung gegen die militärische Action in Louisiana, welche gegen die ersten Grundzüge der bürgerlichen Freiheit verstoße, und forderte die gesetzgebende Versammlung von Tennessee auf, dagegen zu protestiren.

Bermittlung.

— Von dem Appellgericht in Neapel ist, wie der „P. C.“ erzählt, kürzlich darüber entschieden worden, ob die Leiche einer ohne Kinder gestorbenen Frau ihrem Gatten oder ihrem Vater zugehört, nämlich zur Bestattung in der Familiengruft. Die Salomone von Neapel sprechen sie dem Vater zu.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Frankfurt a. M., 7. Jan. Effecten-Societät. Creditactien 207 1/2, Franzosen 272 1/2, Lombarden 112 1/2, Nordwestbahn 132 1/2, Ungarische Loose 172,00, Ungar. Schatzbonds, neue 91 1/2, Vebst, sehr fest.

Hamburg, 7. Januar. [Productenmarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine behauptet. Roggen loco unverändert, auf Termine ruhig. Weizen Jan. 1875 126 1/2, 1000 Kilo 190 Br., 183 Gd., Jan. 1876 126 1/2, 191 Br., 189 Gd., Jan. 1877 126 1/2, 192 Br., 191 Gd., Jan. 1878 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1879 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1880 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1881 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1882 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1883 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1884 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1885 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1886 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1887 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1888 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1889 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1890 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1891 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1892 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1893 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1894 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1895 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1896 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1897 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1898 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1899 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1900 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1901 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1902 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1903 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1904 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1905 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1906 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1907 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1908 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1909 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1910 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1911 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1912 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1913 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1914 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1915 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1916 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1917 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1918 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1919 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1920 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1921 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1922 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1923 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1924 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1925 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1926 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1927 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1928 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1929 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1930 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1931 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1932 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1933 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1934 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1935 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1936 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1937 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1938 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1939 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1940 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1941 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1942 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1943 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1944 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1945 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1946 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1947 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1948 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1949 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1950 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1951 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1952 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1953 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1954 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1955 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1956 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1957 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1958 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1959 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1960 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1961 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1962 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1963 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1964 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1965 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1966 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1967 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1968 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1969 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1970 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1971 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1972 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1973 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1974 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1975 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1976 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1977 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1978 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1979 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1980 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1981 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1982 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1983 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1984 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1985 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1986 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1987 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1988 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1989 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1990 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1991 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1992 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1993 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1994 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1995 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1996 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1997 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1998 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 1999 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2000 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2001 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2002 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2003 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2004 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2005 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2006 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2007 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2008 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2009 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2010 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2011 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2012 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2013 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2014 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2015 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2016 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2017 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2018 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2019 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2020 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2021 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2022 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2023 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2024 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2025 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2026 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2027 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2028 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2029 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2030 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2031 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2032 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2033 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2034 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2035 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2036 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2037 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2038 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2039 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2040 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2041 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2042 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2043 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2044 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2045 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2046 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2047 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2048 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2049 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2050 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2051 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2052 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2053 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2054 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2055 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2056 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2057 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2058 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2059 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2060 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2061 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2062 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2063 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2064 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2065 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2066 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2067 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2068 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2069 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2070 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2071 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2072 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2073 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2074 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2075 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2076 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2077 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2078 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2079 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2080 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2081 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2082 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2083 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2084 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2085 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2086 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2087 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2088 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2089 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2090 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2091 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2092 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2093 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2094 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2095 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2096 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2097 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2098 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2099 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2100 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2101 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2102 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2103 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2104 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2105 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2106 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2107 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2108 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2109 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2110 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2111 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2112 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2113 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2114 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2115 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2116 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2117 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2118 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2119 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2120 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2121 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2122 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2123 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2124 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2125 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2126 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2127 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2128 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2129 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2130 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2131 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2132 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2133 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2134 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2135 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2136 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2137 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2138 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2139 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2140 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2141 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2142 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2143 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2144 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2145 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2146 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2147 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2148 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2149 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2150 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2151 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2152 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2153 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2154 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2155 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2156 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2157 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2158 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2159 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2160 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2161 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2162 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2163 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2164 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2165 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2166 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2167 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2168 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2169 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2170 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2171 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2172 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2173 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2174 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2175 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2176 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2177 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2178 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2179 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2180 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2181 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2182 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2183 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2184 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2185 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2186 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2187 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2188 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2189 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2190 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2191 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2192 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2193 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2194 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2195 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2196 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2197 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2198 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2199 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2200 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2201 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2202 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2203 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2204 126 1/2, 193 Br., 191 Gd., Jan. 2205 126 1

